

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 19. Mai 2021

Bernd Heinemann

Jackpot für Jamaika – immenses Leid für Glückspielsüchtige

TOP 21: Erstellung eines Glücksspielsucht-Hilfeplans für Schleswig-Holstein (Drs. 19/2943)

„Es war einer seiner schönsten Tage im schleswig-holsteinischen Parlament so hat es ein Abgeordneter ausgedrückt, als der Glücksspielstaatsvertrag in seinem Sinne vom Parlament abgesegnet wurde. Es war der schrecklichste Tag in seinem Leben als Kirileff sein Geld und seine Ehre endgültig verspielt hatte. Dostojewski Spieler bringt zum Ausdruck, was Menschen jeden Tag erleiden, besonders zu Corona Zeiten allein vor dem Bildschirm mit höchster Ereignisfrequenz. Politiker*innen haben sich auf Sylt und am Tegernsee mit der Glücksspielindustrie sehr gefreut über die Geldströme, die jetzt fließen. Nicht freuen können sich die Glückspielsüchtigen, die mit oft sehr knappen Ressourcen diese Geldströme ermöglichen. „Maßgeblich sind für uns die Ziele des Kinder- und Jugendschutzes, die Bekämpfung des Schwarzmarktes sowie die Bekämpfung der Spielsucht. Ich hoffe doch, dass auch die SPD an der Bekämpfung der Spielsucht interessiert ist.“

Sie hoffen richtig Herr Abg. Christopher Vogt, das war eine bekennende Aussage von Ihnen, auf die ich heute zurückkomme. „Wenn man sieht oder Institutionen sehen, dass jemand suchtkrank ist, muss er gesperrt werden können, das sind politische Aufgaben, die wir alle haben. Wenn wir die nicht erfüllen, können wir gleich zu Hause bleiben.“ Dem stimmen wir zu Herr Abg. Harms und auch ihrer Aussage zu Abgaben, „dass wir Forschung zu Suchtgefahren dadurch ermöglichen und dass wir auch Beratungsstellen zur Glücksspielsucht dadurch finanzieren“. Das ist alles richtig, Herr Abgeordneter, was sie uns da ins Stammbuch geschrieben haben.

Heute sollten wir uns nun dazu auch bekennen. Die Landesstelle für Suchtfragen hat in ihrer Kommentierung den Spieler*Innenschutz in den Mittelpunkt gestellt, aber sieht einige Bedingungen als nicht erfüllt an. Dazu zählt z.B. die oft sehr hohe Ereignisfrequenz, die die Sucht massiv fördern kann. Neue Möglichkeiten des offenen Glückspiels und die Corona Pandemie haben diesen Druck auf die glückspielsüchtigen Menschen und ihre Familien deutlich erhöht. Dafür hat die Landesstelle für Suchtfragen gerade eine halbe Stelle, um die Geldströme der Beladenen zu kanalisieren. Mit dem neuen Glücksspielstaatsvertrag und auch mit früheren Entscheidungen kommt dem Land Schleswig-Holstein eine besondere Verantwortung zu. Zu der müssen wir uns auch bekennen. Die vom Abgeordneten Harms als

notwendig betonten angemessenen Angebote der Beratung und Hilfe für Spielsüchtige müssen in unser Blickfeld gezogen werden. Dies ist genauso wichtig wie die Optimierung des Spielerschutzes. Um diesen Blick tatsächlich zu schärfen, ist uns Sozialdemokraten die aktuelle Erhebung aller im Land bekannten legalen Glücksspiel- und Unterhaltsangebote mit Gewinnmöglichkeit sehr wichtig. Das gleiche gilt auch für die Erhebung aller im Land vorhandenen Beratungs- und Hilfeangebote. Was wir brauchen ist ein umfassendes Präventionskonzept für alle Altersgruppen, Fachkonzepte für spezifische Beratungs- und Hilfeangebote aber auch zielgerichtete Förderungskonzepte für Selbsthilfeorganisationen. Sozialkonzepte und weitreichenden Entschuldungsmöglichkeiten für Betroffene und ihre Angehörigen gehören zu einem Gesamtkonzept. Das ist nun in unserer Verantwortung, die andere Seite unseres Glücks sollten wir jetzt nach vorne tragen. „Es geht um Menschen, die unsere Hilfe benötigen, weil sie spielsüchtig geworden sind. Gerade um diese müssen wir uns doch kümmern. Gerade für diese müssen wir Glücksspielpolitik machen.“ Besser als Rasmus Andresen hätte ich es nicht ausdrücken können. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. Den Antrag der Koalition lehnen wir ab. Er ist Augenwischerei und umgeht das Thema der Glücksspielsucht. Sie haben auch nur Prüfaufträge formuliert. Das wird einem umfassenden Konzept nicht annähernd gerecht. Ein Blick auf die Autoren des Antrages, macht deutlich, dass es bei Ihnen nicht um Suchtpolitik, sondern um Finanzpolitik geht. Kümmern wir uns nun alle, wo die Geldströme aus legalem Glücksspiel so wunderbar fließen und Abgeordnete so glücklich sind, gezielt um die Unglücklichen.“